

Winterthur
Wartstrasse 2
8400 Winterthur
052 202 64 64

www.fitnessplus.ch

fitnessplus
... wir bewegen Sie!

Zuger Massaker jährt sich wieder.

Am Mittwoch, 27. September, jährte sich zum fünften Mal das Massaker im Zuger Parlament. Die Kampagne gegen Kleinwaffen, die nicht zuletzt unter dem Eindruck dieses Ereignisses ebenfalls vor fünf Jahren gegründet wurde und seither für eine wirksamere Waffenkontrolle eintritt, appellierte an diesem Tag an den in Flims tagenden Nationalrat, die eingeleitete Teilrevision des Waffengesetzes wenigstens mit der Einführung eines gesamtschweizerischen Waffenregisters zu ergänzen; eine unabdingbare Voraussetzung für eine bessere Waffenkontrolle in der Schweiz, indem Umgehungsinkäufe in anderen Kantonen, wie dies der Attentäter Friedrich Leibacher praktiziert hatte, um sein Waffenarsenal zu erweitern, erschwert werden. Bis heute haben Bundesrat und das Parlament es in bedenkli-

cher Weise unterlassen, wirkliche Konsequenzen aus dem grössten Massaker, das in der Schweiz je verübt wurde, zu ziehen und das lückenhafte Waffengesetz zu verschärfen. Diese Laisser-faire-Politik fordert täglich neue Opfer. Die Ermordung Corinne Rey-Bellets und ihres Bruders am 30. April dieses Jahres durch einen Offizier der Schweizer Armee hat beim Bundesrat keinerlei Spuren, keine Nachdenklichkeit hinterlassen. Bern schert sich keinen Deut um die Gefährlichkeit der in schweizerischen Haushalten gelagerten Armeewaffen. Wie viele Unglücke und Suizide muss es noch mit Sturmgewehren und Pistolen geben? Die Kampagne gegen Kleinwaffen hat diese Woche gleichsam als Nachschlag zur «Annabelle»-Petition weitere 7715 Unterschriften für eine wirksamere Waffenkontrolle bei der Petitions-

kommission deponiert, die sie schon im Vorfeld der Waffengesetzrevision gesammelt hat. In einer Aktion in Zusammenarbeit mit der Künstlergruppe Interpixel wurden gleichzeitig um 11 Uhr auf der Berner Bundeshausterrasse ein Dutzend (Spielzeug-) Waffen mit einer gelben Handwalze platt gedrückt – als symbolische Abrüstungsaktion der Schweizer Haushalte. Die Kampagne gegen Kleinwaffen wird im Übrigen nach abgeschlossener Beratung über die Waffengesetzrevision auf den Freitag, 20. Oktober, zu einer Konferenz einladen, an der die Lancierung einer Volksinitiative diskutiert wird, die die fehlende Waffenkontrolle – bei Armeewaffen oder mit einem Waffengesetz – korrigieren soll.

Peter Weishaupt,
Schweizerischer Friedensrat, Zürich.

Was ist mit uns, mit dem Volk los?

Bei genauem Hinschauen stellt man schockiert fest, dass selbst bei ausserordentlich hoher Stimmbeteiligung von fast 50 Prozent lediglich weniger als ein Drittel der stimmberechtigten Bürger bestimmen, was in der Schweiz gelten, wo es hier lang gehen soll. Im Normalfall, bei einer Beteiligung von rund 35 Prozent, entscheidet sage und schreibe knapp ein Viertel der Bürgerinnen über die Angelegenheiten, welche vors Volk kommen, also über die allerkonsequenzenreichsten für Lebewesen, Land und Staat (ausgenommen über die Wirtschaft, wel-

che sich dank Globalisierung selber regelt!). Die Frage stellt sich nicht erst seit heute, weshalb keine Partei, Organisation, Gruppierung daran Anstoss nimmt, keine von ihnen verlangt, dass in einer direkten Demokratie Entscheide nur Gültigkeit erlangen sollten, wenn die Mehrheit aller stimm- und wahlberechtigten Bürger (50 Prozent plus 1) so wollen. Sehen sie nicht, dass wir in einer pseudodirekten Demokratie leben, wo 50 bis 70 Prozent der Bürger sich um alles foutieren, nur mitprofitieren, aber nichts dazu beitragen, dass für uns alle gute Lösungen

gefunden und nutzbringende Entscheidungen getroffen werden. Ist es für Regierende und Parlamentarier wohl bequemer, wenn nur ganz wenige dreinreden? Oder fehlt es ihnen an Fantasie, wie die aktive Mitarbeit der Mehrheit gewonnen werden könnte? Getreu nach dem Motto «Anreize schaffen» könnte zur Durchsetzung des Stimmzwangs für jede Teilnahme an einer Abstimmung oder Wahl ein Steuerrabatt gewährt werden. Und, was ist mit uns, mit dem Volk, los?

Werner Wili, Zürich.

Zusammengehörig und unheilig.

Zum Aperçu von Claudia Blumer im «Stadtblatt» vom 21. September: Auf die Frage, was es mit den zwei Bedeutungen des Wortes gemein auf sich hat, zwei Versuche einer Antwort. Aus dem Duden, Herkunftswörterbuch: Das mittelhochdeutsche Adjektiv gemein bedeutete ursprünglich «mehreren abwechselnd zukommend», woraus sich die Bedeutungen gemeinsam, gemein-

schaftlich; allgemein entwickelten. Da das, was vielen gemeinsam ist, nicht wertvoll sein kann, erhielt das Wort den abwertenden Nebensinn unheilig, alltäglich, gewöhnlich, roh, niederträchtig. Aus «Wörter erzählen Geschichten» von Herbert Maas: Mittelhochdeutsch gemein bedeutet zusammengehörig, gemeinschaftlich, allen ohne Unterschied gehörend, für alle eingerichtet, zur Gemeinde gehörig. Nun

kann sich aber sehr leicht aus aristokratischer Sichtweise heraus folgende Entwicklung zeigen: Was allen gemein ist, ist nur durchschnittlich, niedrig, gewöhnlich und ohne Niveau. So ist die sekundäre Bedeutung bereits seit dem Mittelhochdeutschen mit dem Wort gemein verbunden.

Herbert Danzer, Grafenwörth, Österreich.

Ich schäme mich, Schweizer zu sein.

Der Nationalist Bundesrat Christoph Blocher, hat am vergangenen Wochenende in der Asyl- und Ausländerfrage einen überwältigenden Abstimmungssieg über Rot-Grün errungen. Mit seiner bekannten demagogischen Abstimmungsrhetorik hat er die grosse Mehrheit des Schweizervolkes für eine inhumane Fremdenpolitik gewonnen. Ohne Gerichtsverfahren können jetzt papierlose Flüchtlinge für zwei Jahre auf administrativem Weg in Gefängnisse gesteckt werden. Nebenbei sei erwähnt, dass der Willkür Tür und Tor geöffnet sind, weil viel zu wenig Gefängnisplätze frei sind. Polizei und Gefängniswärter sind nicht zu beneiden, die diese schmutzige Arbeit ausführen müssen. Die Schweiz hat schon im Zweiten Weltkrieg Tausende von Flüchtlingen in den sicheren Tod geschickt, damals mit der Entschuldigung,

das Boot sei voll, und mit der Angst vor Hitler im Nacken. Beide Argumente gelten heute nicht – Blocher genügt. Es ist an der Zeit, dass der Bundesrat seine unglaubliche, moralisierende Aussenpolitik liquidiert und vor der eigenen Tür für eine humane Politik sorgt.

Pierre Bocion, Stein am Rhein.

Der Rattenfänger von Bern, Blocher, und die Partei können triumphieren. Dank der Unterstützung der so genannten Mitteparteien FDP und CVP. Es ist unglaublich, wie mit dem Schlagwort Missbrauch in der Abstimmung zum Asyl- und Ausländergesetz Stimmung gemacht wurde. Es ist unglaublich, wie mit der Befürworterpropaganda die vorhandenen Ängste der Schweizerinnen und Schweizer vor Ausländern geschürt wurden. Es ist aber auch

unglaublich, wie wenig die Mehrheit der abstimmenden Schweizerinnen und Schweizer ein eigenständiges Denken besitzen und auf schlagwortartige Propaganda der SVP und ihren Helfershelfern reinfallen. Die Humanität der Schweiz hat ein sehr dunkles Gesicht erhalten. Nicht viel besser ist es der Kosa-Initiative gegangen. Sämtliche bürgerlichen Parteien schwafeln konstant von der Notwendigkeit der Sanierung der AHV und der IV. Eine Initiative, die in die richtige Richtung zielte, wurde ebenfalls durch angstmachende Propaganda gebodigt. Es hat sich einmal mehr gezeigt, dass in unserem Land die Förderung der Entsolidarisierung durch die herrschende Politikerklasse auf fruchtbaren Boden fällt. Nach diesem Wochenende schäme ich mich, Schweizer zu sein.

Peter Schöchlin, Winterthur.

Politik von der Kanzel herab.



Intermezzo.

In der Arena zur Abstimmung über das Asyl- und Ausländergesetz durfte ich Bekanntschaft mit einem katholischen Pfarrer machen. Dieser meinte im Laufe der Sendung, «die gute Seite» stimme zweimal Nein. Von mir nach der Sendung darauf angesprochen – schliesslich gehöre auch ich zu den Schäfchen der katholischen Kirche –, ob ich nun zur schlechten Seite gehöre, versuchte der gute Mann, sich rauszureden und politisierte in aggressivem Stil.

■ ■ ■
Nicht dass aggressives Argumentieren mich schockieren würde, aber dass ein Pfarrer a) politisiert und b) die Leute in Gut und Böse einteilt, hat mich wirklich schockiert. Heisst es nicht, vor Gott seien alle gleich?

Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger werden neuerdings von der Kirche selber in Gut und Böse unterteilt. Nämlich diejenigen, die wie die Linken und die Kirche stimmen, die sind gut, und die anderen sind schlecht. Nun wurde sowohl das Asyl- als auch das Ausländergesetz von mehr als zwei Dritteln der Schweizer Stimmbevölkerung unterstützt. Was sagt der in die Arena gesandte Gottesmann jetzt wohl dazu? Sind zwei Drittel der Schweizer schlecht?

■ ■ ■
Ich bin immer noch schockiert und frage mich, wie es dazu kommt, dass die Pfarrer neuerdings von der Kanzel in die Polit-Arena steigen. Umgekehrt gehören für mich auch keine Politiker auf die Kanzel. Dass nicht wenige Politiker natürlich einen predigenden Touch haben, ist offensichtlich. Insbesondere dann, wenn es um soziale oder ausländer-spezifische Themen geht, will man sich natürlich nur von der besten Seite zeigen. Wenn man dann noch den armen Papst Benedikt XVI. sieht, der lediglich wegen eines Zitats ins Kreuzfeuer der Kritik gerät, dann lässt man das Kritisieren offenbar lieber ganz.

Gott sei Dank haben für einmal auch die Winterthurer Stimmbürger einen weisen Entscheid gefällt am Sonntag und die beiden Gesetze haushoch angenommen. Offenbar wird die Realität von Otto Normalbürger anders wahrgenommen als von den Kulturschaffenden in ihren subventionierten Ateliers, den Pfarrern in der von den Mitgliedern finanzierten Kirche oder Alt-Bundesrätinnen, welche von der vom Steuerzahler finanzierten Rente leben. Die Koalition der Linken und der Kirche ist nicht aufgegangen, selbst das Winterthurer Gegenkomitee mit nicht weniger als fünf von sieben Stadträten drin konnte dem Stimmvolk keinen Sand in die Augen streuen.

■ ■ ■
Ich finde es wirklich bedenklich, dass die Kirche sich dermassen in einen Abstimmungskampf eingemischt hat. Wir leben in einer Demokratie, jeder darf stimmen, was er will. Auch die Pfarrer. Aber die Kirche ist für alle da. Und deshalb darf die Kirche nicht politisieren – ausser vielleicht zum Biblischen Unterricht –, geschweige denn die Menschen in Gut und Schlecht einteilen.

■ ■ ■
Natalie Rickli, SVP-Gemeinderätin.

Blaukreuz-
Brocken-
stube

Gratis
Abholdienst

Haus-
räumungen

Herbstfest:
7. Oktober
2006

Unsere Öffnungszeiten:
Dienstag bis Freitag,
14 bis 18 Uhr,
Samstag, 9 bis 16 Uhr.

Fröschenweidstrasse 12
8404 Winterthur
052 233 24 25

Blaves
Kreuz